



Paris

Ungelöste Spannungen in der NATO

sp - Die zweitägige Konferenz der Verteidigungsminister der NATO-Staaten hat zwei Überraschungen gebracht. Die eine kam nicht unerwartet. Die Ankündigung Frankreichs, im Jahre 1966 nicht an der NATO-Stabsrahmenübung "Fallex" teilzunehmen, liegt in der Linie, die de Gaulle seit vielen Jahren im Sinne der Verselbständigung Frankreichs konsequent und mit grosser Beharrlichkeit verfolgt. Von allen Bündnispartnern zeigt er die geringste Neigung zur Stärkung der integrierenden Faktoren im Bündnis; das bringt ihn in offenen Gegensatz zu den strategischen und politischen Auffassungen der stärksten Macht, den Vereinigten Staaten. Aber auch die anderen Partner vermögen ihm hier nicht zu folgen. Die Verteidigungsallianz hat viel von ihrem inneren Zusammenhalt verloren, den sie in den ersten Jahren ihrer Wirksamkeit besass. Es hat wenig Sinn, diesen Tatbestand zu verleugnen. Er liegt vor aller Welt offen dar. Auch das verhältnismässig optimistisch abgefasste Kommuniqué kann ihn nicht verbergen.

Vor diesem Hintergrund erfolgte die zweite Überraschung, diesmal unerwartet, für die der amerikanische Verteidigungsminister McNamara sorgte. Er griff den von de Gaulle einst gemachten, aber von ihm schon längst wieder fallengelassenen Vorschlag eines NATO-Direktoriums auf, das freilich statt aus drei aus vier oder fünf Mitgliedern bestehen und dessen Kompetenzen sich auch auf das amerikanische Raketenarsenal und auf das amerikanische strategische Luftwaffen-Kommando in Europa erstrecken soll. Frankreich hat eine eingehende Prüfung dieses Denkmodells zugesagt. Doch viele Zweifel bleiben berechtigt bestehen, wäre doch eine Zustimmung mit der Aufgabe der bisherigen Position verbunden. Dies ist wohl nicht zu erwarten. Auch sonst hat der Vorschlag McNamaras einige Pferdefüsse. Er würde zu Sondervereinbarungen innerhalb des Bündnisses führen; die kleineren Partner müssten sich zurückgesetzt fühlen, und die NATO als Ganzes käme wohl mehr zu Schaden als zu Nutzen.

Es ist aber nicht allein der Unterschied strategischer und politischer Auffassungen zwischen de Gaulle und den Vereinigten Staaten, der die Stimmung dieser Tagung der NATO-Verteidigungsminister prägte. Es gibt Unterschiede der Auffassungen über den Grad der Bedrohung vom Osten für die nächsten Jahre. Hier begegnen sich Briten und Franzosen.

Sie schätzen die Gefahr eines militanten Konflikts in Europa weitaus geringer ein als etwa der deutsche Verteidigungsminister von Hassel. Das kann nicht ohne Rückwirkungen auf die militärische Planung bleiben. Wer die Gefahr für dringlich hält, muss darauf bestehen, das militärische Potential auf den Höchstgrad zu bringen, wobei der Gedanke, schon in der ersten Phase eines Konflikts Atomwaffen einzusetzen, in den Vordergrund rückt. Wer jedoch die Gefahr einer militärischen Aggressivität der Sowjetunion in Europa als weniger dringlich erachtet wie eben die Briten und andere Partner, wird weniger zur Eile drängen und mehr Gewicht auf die Verstärkung der konventionellen Rüstung legen, um nicht schon in der ersten Phase in den Strudel eines allgemeinen Atomkrieges zu geraten.

Das Fazit dieser Pariser Tagung: Die Spannungen innerhalb der NATO halten an; eine gemeinsam entwickelte Strategie bleibt ausser Sichtweite.

#### Parteienfinanzierung

##### Unwahre Behauptungen der CDU

Die CDU in Baden-Württemberg hat an Unternehmer und selbständig Tätige Bittbriefe verschickt mit der Bitte, namhafte Beträge für die Wahl zu spenden. Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Karl Riegel hat sich gegen Geschmacklosigkeiten und unwahre Behauptungen im Inhalt der Briefe gewandt.

Die CDU behauptet wider besseres Wissen, dass Gelder, die Länder und Bund den Parteien zur Verfügung stellen, zweckgebunden seien und somit nicht frei darüber verfügt werden könnten.

Es heisst in dem Brief da u.a.

- \* "Es ist wichtig zu wissen, dass alle Beträge, welche vom Bund und
- \* Land den Parteien zur Verfügung gestellt werden, nur für politische
- \* Bildung, nicht aber für Werbung und Wahlpropaganda eingesetzt werden dürfen..."

Diese Behauptung ist unwahr. Der Öffentlichkeit wird somit bewusst der falsche Eindruck vermittelt, die Unionsparteien und die FDP hätten sich eine Selbstbeschränkung bei der Abstimmung im Bundestag auferlegt. Sie verbreitet also unwahre Behauptungen, um die Spendenfreudigkeit zu erhöhen.

Die SPD hatte gegen die Finanzierung der Parteien durch den Staat gestimmt. Sie stellte, als ihr Antrag abgelehnt wurde, im Bundestag den Zusatzantrag, die Mittel nur für politische Bildung den Parteien zu überlassen. Auch dieser SPD-Antrag wurde von der Regierungskoalition niedergestimmt. Daraufhin erklärte die SPD von sich aus, dass erhebliche Mittel davon für politische Bildung, für Forschung und Wissenschaft und für Bücherspenden in Schulen ausgegeben werden.

Es sei deshalb hier nochmals festgestellt: Die Regierungskoalition hat sich ausdrücklich gegen eine Zweckbindung der Bundesmittel gewandt!

## Politisches Strafrecht ändern !

Die SPD stellt ihren Vorschlag zur Diskussion

Von Horst Jürgen Winkler

Juristischer Assistent bei der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD hat in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode immer wieder auf die Notwendigkeit und Vorrangigkeit der Reform des politischen Strafrechts hingewiesen, zuletzt in einer Entschliessung des Karlsruher Parteitages und aus Anlaß des von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Gesetzentwurfes, der für eine Reihe von politischen Delikten die Aufhebung des Verfolgungszwanges vorsieht. Dieser - im übrigen sehr bedenkliche - Gesetzentwurf zeigt, daß die derzeitige Bundesregierung und die Koalitionsparteien nicht gewillt sind, den Vorrang einer Reform des materiellen politischen Strafrechts anzuerkennen, sondern das Problem weiterhin vor sich herschieben wollen.

Die SPD hat deshalb einen eigenen Gesetzentwurf vorbereitet, mit dem sie jetzt an die Öffentlichkeit trat. An den Vorarbeiten haben neben den SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Adolf Arndt, Dr. Dr. Gustav Heinemann und Gerhard Jahn namhafte Experten aus Wissenschaft und Praxis teilgenommen.

Der Gesetzentwurf sieht im wesentlichen folgende Änderungen des geltenden Strafgesetzbuches vor:

- \* Der 1951 in das StGB eingefügte Abschnitt "Staatsgefährdung" soll
- \* die Überschrift "Gefährdung der freiheitlichen Ordnung" erhalten.
- \* Diese Überschrift gibt einen Auslegungsmaßstab. Sie macht Sinn
- \* und Zweck der Vorschriften deutlich und bringt zum Ausdruck, daß
- \* die Vorschriften des politischen Strafrechts ihre Grundlage und
- \* ihre Grenze im Grundgesetz haben, das sich ausdrücklich zur Ver-
- \* teidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gegen
- \* ihre Feinde bekennt. (Art. 9 Abs. 2, 21 Abs. 2 und 18)
- \* Die Abschnitte "Staatsgefährdung" und "Landesverrat" in der gel-
- \* tenden Fassung enthalten viele Vorschriften, die zu weitgehend,
- \* unbestimmt oder einfach überflüssig sind.
- \* Es verstößt gegen den Geist der freiheitlichen Ordnung, wenn
- \* über das Notwendige hinaus Straftatbestände geschaffen werden.
- \* Der Gesetzentwurf sieht deshalb vor, eine Reihe von Bestimmungen
- \* als überflüssig zu streichen, weil diese Tatbestände bereits
- \* durch andere Strafvorschriften ausreichend erfaßt sind oder weil
- \* sie keine praktische Bedeutung erlangt haben.

Anderer Vorschriften wurden neu gefaßt, weil sie bisher dem Grundsatz der Bestimmtheit der Tatbestände, der Bestandteil eines jeden rechtsstaatlichen Strafrechts ist, nicht entsprechen und daher die Garantiefunktion des objektiven Tatbestandes (Vorhersagbarkeit der strafrechtlichen Folgen eines Verhaltens) nicht erfüllen.

Von besonderer Bedeutung ist die Neufassung von § 99 StGB (Begriff des Staatsgeheimnisses), § 100 StGB (Vorsätzlicher Landesverrat) und § 100c StGB (Fahrlässiger Landesverrat). Diese Vorschriften sind völlig umgestaltet worden. Bei der Definition des Staatsgeheimnisses ist neu: Bisher erfaßt dieser Begriff jeden Lebensbereich. Der Entwurf beschränkt den Anwendungsbereich auf Tatsachen, die für die Len-

verteidigung oder die Beziehungen zu einer fremden Macht von Bedeutung sind.

Es wird klargestellt, daß zum Staatsgeheimnis folgende Elemente gehören: Geheimnisfähigkeit ("Kenntnis auf einen bestimmten Kreis von Kenntnisbefugten beschränkbar"); durch Sicherungsmaßnahmen muß ein wirkliches Geheimnis geschaffen sein; der Schutz vor dem Mitwissen einer fremden Macht muß im öffentlichen Allgemeininteresse unerlässlich sein; das bedeutet, daß nicht jedes Regierungsgeheimnis schon Staatsgeheimnis ist und daß ein Staatsgeheimnis unverfügbar ist, also z.B. auch vom Bundeskanzler nicht preisgegeben werden darf.

Es wird ferner klargestellt, daß ein Sachverhalt, der zur verfassungsmäßigen Ordnung in Widerspruch steht, nicht Staatsgeheimnis sein kann (§ 99 Abs. 5).

Die Preisgabe eines Staatsgeheimnisses soll nur dann als vorsätzlicher Landesverrat bestraft werden können, wenn sie erfolgt, "um zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland eine fremde Macht zu begünstigen". Dadurch soll das viel erörterte Problem der Abgrenzung der gemeinen Spionage von dem sog. publizistischen Landesverrat gelöst werden. Wer ohne die Absicht, zum Nachteil der Bundesrepublik eine fremde Macht zu begünstigen, handelt, kann sich nach § 100 wegen fahrlässiger Geheimnispreisgabe strafbar machen.

§ 99 Abs. 2 sieht gegenüber dem geltenden Recht eine Strafverschärfung (lebenslanges Zuchthaus) vor für den Fall, daß über die für den Tatbestand des Landesverrats an sich ausreichende konkrete Gefährdung hinaus durch den Verrat tatsächlich ein schwerer Nachteil entstanden ist. Diese Strafverschärfung unterstreicht die Schwere, die Verwerflichkeit und die Gefährlichkeit des Landesverrats.

+ + +

#### Defferre sammelt die demokratische Mitte

Frankreichs Sozialisten vor einer schweren Entscheidung

G.M. - z.Z. Paris

In diesen Tagen kann sich unter Umständen entscheiden, ob es in Frankreich endlich möglich sein wird, die Parteien und Gruppen der demokratischen Mitte zu einer Partei zu verschmelzen, um nicht nur bei den Präsidentenwahlen im Spätherbst 1965 als Block gegen Gaullisten und Kommunisten aufzutreten, sondern auch für die Parlamentswahlen im Jahre 1967 ein gemeinsames Regierungsprogramm auszuarbeiten, das sich gleichsam an den Ideen des demokratischen Sozialismus wie denen der modernen christlichen Sozialethik inspiriert. Dieser Vorschlag, von dem sozialistischen Präsidentschaftskandidaten und Bürgermeister von Marseille, Gaston Defferre, zur Debatte gestellt, beschäftigt seit einigen Wochen die politisch interessierte Öffentlichkeit Frankreichs mehr als die komplizierten Probleme der Europapolitik oder andere Fragen, die in der bundesrepublikanischen Presse Schlagzeilen machen.

Am vergangenen Wochenende haben die Volksrepublikaner (MRP -

entspricht ungefähr der CDU) auf ihrem Nationalkongreß mit großer Mehrheit ihre Zustimmung zu Defferres Vorschlag gegeben. Den Volkerepublikanern haben sich einige andere Gruppen der demokratischen Mitte angeschlossen. Was die MRP-Entscheidung jedoch bedeutsam macht, ist die positive Haltung der christlichen Gewerkschaften und die Zustimmung der in katholischen Organisationen zusammenarbeitenden Jungbauern. Bei den Liberalen ist die Meinung noch geteilt, obwohl angenommen werden darf, daß auch sie sich nach dem Beschluß des MRP-Kongresses mit knapper Mehrheit für die Initiative Defferres aussprechen werden.

In der Partei Defferres, der Sozialistischen Partei SFIO, deren Vorstandsmitglied und offiziell nominiertes Präsidentschaftskandidat der Marseiller Bürgermeister ist, blieb auch am letzten Wochenende, an dem mehrere Bezirksparteitage das Projekt zur Sammlung der demokratischen Mitte diskutiert hatten, die Partie noch völlig offen. Adressiert man die Entscheidungen dieser Bezirksparteitage, so ergibt sich, daß Defferre zu Pfingsten mit einer 50 : 50-Chance in die zu erwartende große Auseinandersetzung geht.

Defferres Argumente für die Bildung einer neuen Partei oder "Föderation der sozial-demokratischen Mitte" sind einfach: Man kann - so sagt der Bürgermeister von Marseille - Gaullisten und Kommunisten, die beide weder die NATO noch ein integriertes Europa wollen, nur schlagen, wenn man alle politischen Kräfte mobilisiert und zur gemeinsamen Aktion zusammenführt, die den Weg eines Robert Schuman und eines John F. Kennedy fortsetzen wollen. Von seiner eigenen Partei - also von der SFIO - fordert Defferre ebenso den "Sprung über den Schatten", wie von den anderen Parteien und Gruppen der demokratischen Mitte.

Demgegenüber stehen in der SFIO die Kräfte, die befürchten, daß die Sozialistische Partei in einer Sammlungsbewegung ihr "Gesicht verliert", daß sie keinen Eindruck mehr auf die nichtkommunistischen Arbeiter macht, - mit einem Wort - daß sie aufhören würde, eine sozialistische Partei zu sein.

Weder Defferre noch seine Gegner machen es sich leicht. Sie werden sich auf dem Nationalkongreß in eine erbitterte, aber kameradschaftlich geführte Diskussion stürzen. Das ist in Frankreich so üblich und niemand spricht aus diesem Grund von einer Spaltung.

Aber völlig unabhängig davon, ob Defferre "siegt" oder nicht: Er ist und bleibt der Präsidentschaftskandidat der SFIO und der demokratischen Mitte und er hat durch seine Initiative die französische Innenpolitik kräftig in Bewegung gebracht. Das ist ein Verdienst, das ihm niemand abstreiten kann und eine Leistung, die ihre Auswirkungen in jedem Falle in der Periode "nach de Gaulle" haben wird. Bessen sind sich besonders die Gaullisten bewußt, die ihre Existenz als organisierte politische Gruppe in der Zeit "nach de Gaulle" selbst für äußerst problematisch halten.